

02.02.24**Beschluss**
des Bundesrates

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 - HG 2024)

Der Bundesrat hat in seiner 1041. Sitzung am 2. Februar 2024 beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 2. Februar 2024 verabschiedeten Gesetz einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen.

Ferner hat der Bundesrat nachstehende EntschlieÙung gefasst:

Der Bundesrat lehnt die im Bundeshaushalt 2024 veranschlagte Kürzung der Mittel bei den Kostenbeiträgen für Besuchergruppen des Bundesrates (vgl. Einzelplan 03 Titel 532 04) von 930.000 Euro im Soll des Jahres 2023 auf 260.000 Euro für das Jahr 2024 ab.

Der Bundesrat fordert eine Rücknahme der Kürzung, spätestens mit dem Bundeshaushalt 2025. Die Informationsbesuche im Bundesrat stellen einen wichtigen Baustein der politischen Bildung dar. Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Menschen das Vertrauen in die Demokratie verlieren, ist es umso wichtiger, die herausragende Bedeutung demokratischer Strukturen und Prozesse aufzuzeigen und dadurch das Vertrauen in die Institutionen nachhaltig zu stärken.

Besuchergruppen des Bundesrates haben die Möglichkeit, sich aus erster Hand über die Funktion und die Abläufe des Verfassungsorgans Bundesrat zu informieren. Die Zuschüsse des Bundesrates umfassen überwiegend die Übernahme der Fahrtkosten für Schülergruppen zur Durchführung von Reisen zur politischen Bildung und Information. Das Angebot des Bundesrates stellt eine willkommene Unterstützung dar, auf die vor allem Schulklassen gerne zurückgreifen. Aufgrund der überraschenden Mittelkürzung fehlt nun bei vielen Interessierten (Jugendgruppen, Schulen) die nötige Planungssicherheit für Besuche des Bundesrates im laufenden Jahr.